

LTWP-3-607

Programmantrag

Landesdelegiertenversammlung am 8. & 9. November 2025 in Bingen

Initiator*innen: Ulrich Urschel (KV Kusel)

Verfahrensvorschlag: Erledigt durch: [LTWP-3-566](/ldv-bingen2025/motion/89872/amendment/94577)

Titel: **LTWP-3-607: ENTWURF
LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2026 - Kapitel 3 -
Rheinland-Pfalz für alle gerecht gestalten**

Antragstext

Von Zeile 613 bis 618:

~~Seit einigen Jahren erreicht die Boomer Generation das Seniorenalter und die Zahl der über 65-Jährigen wächst stetig. Diese Menschen unterscheiden sich jedoch stark: in ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit, ihrer Gesundheit und ihren Interessen. Deshalb müssen die Angebote für diese Gruppe auf die unterschiedlichen Bedürfnisse angepasst sein. Wir setzen uns für ein entsprechendes Seniorenfördergesetz ein.~~

Eine zukunftsorientierte Politik für ältere Menschen muss endlich die notwendige Priorität erhalten. Ältere Menschen sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft, deren Bedürfnisse und Potenziale nicht länger vernachlässigt werden dürfen. Politik für ältere Menschen darf sich nicht auf Fragen der Rente und Pflege beschränken, sondern muss ganzheitlich gedacht werden. Dazu gehören ebenso Wohnen, Mobilität, Gesundheit, Bildung, Digitalisierung, Kultur, gesellschaftliche Teilhabe und freiwilliges Engagement. Wir setzen uns dafür ein, dass ressortübergreifende Koordination auf allen politischen Ebenen verbindlich geregelt und dauerhaft finanziell abgesichert wird.

Um die Teilhabe älterer Menschen konkret zu gewährleisten, braucht es in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt verlässliche Anlaufstellen. Altenhilfe ist dabei eine kommunale Pflichtaufgabe und muss auch als solche rechtlich verankert und finanziell gesichert werden.

Ein starkes Engagement älterer Menschen setzt professionelle Unterstützung voraus. Ehrenamt kann nur dann nachhaltig wirken, wenn es durch ein gut ausgestattetes Hauptamt begleitet, koordiniert und gefördert wird. Ebenso darf Vernetzung kein Lippenbekenntnis bleiben. Netzwerke benötigen klare Zuständigkeiten, Steuerung und Ressourcen. Deshalb muss die Förderung von Netzwerken und sozialräumlichen Ansätzen verbindlich absichern und die Kommunen dafür dauerhaft mit ausreichenden Mitteln ausstatten.

Wir setzen uns für ein entsprechendes Seniorenfördergesetz ein.

Begründung

Bis 2040 wird fast ein Drittel der Menschen in Rheinland-Pfalz über 65 Jahre alt sein. Schon heute tragen ältere Menschen mit ihrem Engagement, ihrer Erfahrung und ihrem sozialen Einsatz entscheidend zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei. Gleichzeitig brauchen sie verlässliche Unterstützung, damit Teilhabe, Selbstbestimmung und Lebensqualität im Alter gesichert sind.

Unterstützer*innen

Andreas Kurz (KV Mayen-Koblenz), Dana-Theresa Krämer (KV Neuwied), Dominik Stöhr (KV Mayen-Koblenz), Markus Alvarez Gonzalez (KV Mainz), Carolin Konopka (KV Mayen-Koblenz), Birgit Stupp (KV Ahrweiler), Julia Yvonne Wittum (KV Kaiserslautern), Philine Loertzer (KV Kaiserslautern), Elisabeth Lehmann (KV Rhein-Hunsrück), Marlon Wrasse (KV Westerwald), Bernhard Christian Erfort (KV Kaiserslautern)